

**Badische Zeitung** [Herbolzheim](#) Mi, 17. Oktober 2012 veröffentlicht in der gedruckten Ausgabe der Badischen Zeitung. von: Siegfried Gollrad

## Gutachten Thema für Projektbeirat

**Unter den Gesichtspunkten Lärmbelastung und Unfallrisiken ist die Autobahnparallele aus BI-Sicht die vorzugswürdige Trasse.**



Professor Klaus Kümmerer erläutert in Herbolzheim den Inhalt seines Gefahrgut-Gutachtens zum Trassenvergleich Foto: Siegfried Gollrad

HERBOLZHEIM/KENZINGEN/LAHR. Dass beim viergleisigen Ausbau der Rheintalstrecke nicht nur die zu erwartende Lärmbelastung gegen die Antragstrasse der Bahn spricht, sondern auch die Unfallrisiken, die mit dem Transport von Gefahrgut durch Städte und Gemeinden verbunden sind, wurde am Montag in Herbolzheim deutlich. In der Grundschulturnhalle erläuterte Professor Klaus Kümmerer, dass die autobahnparallele Trasse die Bürger in den Kommunen zwischen Riegel und Offenburg wegen der größeren Entfernung wirkungsvoller vor möglichen Unfallfolgen schützt. Kümmerers Gutachten (die BZ berichtete) soll in der zuständigen Arbeitsgruppe des Projektbeirats bewertet werden, der im kommenden Jahr über die Trassenfrage entscheidet.

Mit rund 250 Besuchern stieß der Veranstaltung der Initiative Bürgerprotest Bahn (BI) Kenzingen-Herbolzheim auf die erwartet große Resonanz. Herbert Walter machte bei der Begrüßung für die BI eingangs deutlich, dass die Gefahrstoffproblematik schon beim Erörterungstermin im Planfeststellungsverfahren für die BI eine zentrale Frage gewesen sei. Die Bahn habe jedoch deutlich gemacht, dass sie kein relevantes Risiko sehe. Die BI jedoch werde weiter für eine risikoärmere Trasse kämpfen. Walter: "Wir haben alle die bedingungslose Verpflichtung, die Antragstrasse zu verhindern".

Der Sprecher der Bürgerinitiative IG Bohr, Roland Diehl aus Müllheim, informierte über den Gefahrgutunfall vom 20. Mai des vergangenen Jahres in seiner Heimatstadt. Ganz undramatisch, aber auf beklemmende Weise machte er deutlich, wie hilflos die Rettungskräfte anfangs waren und wie glückliche Umstände eine Katastrophe verhinderten. Erst eineinhalb Stunden nach dem Unfall sei der Strom abgeschaltet gewesen, so dass die Feuerwehr das Gleisbett betreten konnte. Erst weitere drei Stunden später habe der Frachtbrief gefunden und

entschlüsselt werden können. Dieses Beispiel zeige, dass ein wirkungsvolles Notfallmanagement nicht funktioniere. Soweit dürfe es nicht kommen. "Unfälle kann man nicht verhindern, aber Katastrophen, wenn man entsprechend baut", so Diehl. Für den Breisgau bedeute dies: neue Trasse an die Autobahn.

Walters BI-Vorstandskollege Georg Binkert machte anhand von Luftbildern der Städte und Gemeinden den 350-Meter-Radius ("Todeszone") und damit die Betroffenheiten für Anwohner und Schulen deutlich, falls sich in den Bahnhofsbereichen ein ähnlich schwerer Unfall wie in Müllheim ereignen und dabei giftige Stoffe freigesetzt würden.

Kenzingens Feuerwehrkommandant Karl Weiß, auch stellvertretender Kreisbrandmeister sagte, die Wehren in Kenzingen und Herbolzheim seien nicht schlecht ausgebildet. "Aber einen schweren Gefahrgutunfall würden wir und auch die vier ABC-Züge des Kreises nicht meistern können." Da werde Überlandhilfe notwendig. Weiß: "Wenn die Verantwortlichen für den Bahnausbau nur einigermaßen normal denken würden, müssten wir heute nicht hier sitzen."

Kenzingens Bürgermeister Matthias Guderjan sagte, das Gutachten bestätige, was die Bürger fordern: "Raus aus den Ortschaften mit der Neubaustrecke, ohne Wenn und Aber." Sein Herbolzheimer Kollege Ernst Schilling, sagte, die Folgen eines möglichen Gefahrgutunfalls würden nicht ernst genug genommen.

### **Vorbeugend handeln heißt: Güter-Gleise an die Autobahn**

Die beiden Ersten Landesbeamten der Landkreise Emmendingen und Ortenaukreis, Hinrich Ohlenroth und Nikolaus Stoermer, unterstützen die Forderung nach der Autobahntrasse. Um irreversible Schäden zu vermeiden, müsse man vorbeugend handeln. Dies gelte auch für den Bau des 3. und 4. Gleises. "Das Gutachten zeigt, dass die Alternativtrasse unter dem Gesichtspunkt der Vorsorge deutlich günstiger ist", so Ohlenroth. Dies müsse in die Bewertung der Trassenfrage einfließen. Auch sein Ortenauer Kollege Stoermer teilt die Auffassung, dass das Thema Gefahrgut im Projektbeirat einen hohen Stellenwert erhalten müsse.

Albrecht Künstle von der BI machte abschließend einige Ausführungen zum Thema Zunahme der Unfallwahrscheinlichkeit. Steigende Zugfrequenzen, mehr gefährliche Güter, mehr Weichen, höhere Geschwindigkeiten, Mischverkehr und die Hauptwindrichtung Südwest tragen nach seinen Berechnungen dazu bei, dass die Gefährdung der Menschen bei einem Gefahrgutunfall auf der Antragstrasse um das angeblich 350-fache höher sei, als auf der Autobahnparallelen.

Nach Abschluss einer Fragerunde mit dem Publikum wurde die "Herbolzheimer Erklärung" verlesen. Gefahrguttransporte durch Wohngebiete seien unverantwortlich, heißt es darin. Der Verkehrsminister müsse diese verbieten. Es gelte, zu verhindern, dass aus Unfällen Katastrophen würden.